London. Gestern collidirten im Kanal die Segelschiffe „City Lucknow“ und „Simla“. Letzteres ging unter und 30 Personen ertranken.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuss angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Oelfarben in Tubes für Kunst- u. Decorationsmalerei. **Carl Tiedemann** Marienstrasse 27, Amalienstrasse 19, Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

Prof. Dr. Jaeger's Normal-Artikel in Wolle und Kameelhaar. Alleinige Vertretung bei **Osc. Lehmann, Schloss-Strasse Nr. 21.**

Technicum Mittweida — Sachsen. — a) Maschinen-Ingenieur-Schule b) Werkmeister-Schule. — Vorunterricht frei. —

Hochfeine Masken-Garderobe für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Acuratesse empfiehlt **Frau Bertha Streng, 3 grosse Brüdergasse 3.** Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Nr. 27. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 27. Januar: Südwestwind stürmisch, meist trübe, Niederschläge, Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. **Sonntag, 27. Januar.**

Nacht-Telegramm am Kopfe

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Daß die neuliche entschiedene Zurückweisung des jüngsten sozialdemokratischen Agitations-Antrages durch die 2. Kammer nicht schweigend von den Zurückgewiesenen hingenommen werden würde, ließ sich erwarten. Am Freitag unternahmen denn die Sozialdemokraten den Versuch, sich als die Verfolgten hinzustellen und die Ordnungsparteien ins Unrecht zu setzen. Gelingen konnte dieser Versuch umsoweniger, als sie hierbei abermals neuen Grund zur Beschwerde über ihre Kampfweise boten. Noch einmal sei es wiederholt, daß die Kammer nur durch das Verhalten und die eigenen Erklärungen der Sozialdemokraten gezwungen wurde, die Schutzmaßregeln ihrer Geschäftsordnung ohne weitere Rücksichtsnahme zur Anwendung zu bringen. Seitdem die Vollmar'sche Erklärung, „er stehe voll und ganz auf dem Boden der Revolution“ erfolgt und durch den Zuruf der Sozialdemokraten „Wir Alle!“ verallgemeint ist, haben die parlamentarischen Leitungen dieser Parteivertreter ein anderes Aussehen angenommen. Den übrigen Abgeordneten drängte sich gebieterisch die Nothwendigkeit auf, den parlamentarischen Bestrebungen von Revolutionären mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln entgegenzutreten. Die zweite Aeußerung, daß mit der Vermehrung der Unzufriedenheit schon viel erreicht sei, gab offenherzig die Methode an, sich dem letzten Strebeziel der Sozialdemokratie zu nähern. Nun hat zwar der Abg. Bebel ausgeführt, daß die Menschheit sich ohne Unzufriedenheit noch im Zeitalter der Steinperiode befinden würde und er hat damit nur eine allbekannte Thatsache ausgesprochen. Denn genau so wie im geistigen Leben der Zweifel an der Richtigkeit des Ueberlieferten die Voraussetzung jedes wissenschaftlichen Fortschrittes und menschlicher Erkenntniß, so muß auch im praktischen Leben die Wahrnehmung der Unvollkommenheit menschlicher Einrichtungen, Gesetze und Zustände ihrer Verbesserung vorangehen. Wie aber der Zweifel nicht Selbstzweck sein darf, wie es die trübseligste Philosophie ist, wenn man zur Verneinung alles Positiven und zuletzt zum Bezweifeln des Zweifels selbst gelangt und wie es ein frevles Spiel bedeutet, wenn man der Menschenseele tröstende Gewißheiten raubt, ohne ihr Ersatz dafür zu bieten, so ist es auch mit der Unzufriedenheit über das Bestehende. Die Erregung von Unzufriedenheit mit den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen darf niemals Selbstzweck werden. Es ist etwas Anderes, ob man die Unzufriedenheit mit Bestehendem zum Ausdruck bringt in der Absicht, Uebelstände zu beseitigen, oder ob man absichtlich auf Erregung von Unzufriedenheit ausgeht. Ersteres ist nicht nur das gute Recht jedes Abgeordneten, sondern seine ganz einfache Pflicht. Dazu wählt sie das Volk, damit sie seine Klagen und Beschwerden an gehöriger Stelle zum Ausdruck bringen. Wenn es hierbei, der Art der zu rügenden Uebelstände entsprechend, mitunter nicht zu glimpflich zugeht, so ist das kein Unglück. Ein derbes Wort schadet nicht. Aber den letzten Grund bei dem Tadel von Mißständen muß die erkennbare Absicht bilden, ihnen Abhilfe zu schaffen. Den Ordnungsparteien, sowohl den Konservativen wie den Liberalen und der Fortschrittspartei, hat sich nun die Ueberzeugung aufgedrungen, daß es den Sozialdemokraten hauptsächlich um fortwährende Erregung von Unzufriedenheit zu thun sei. Abg. Günther hielt dies in dürren Worten den Sozialdemokraten vor. Diese protestirten, aber Glauben fanden sie in der Kammer nicht.

Diese stand vielmehr unter dem frischen Eindrucke der neuesten Aufhetzerei des Abg. Bebel. Derselbe verstieg sich zu der Behauptung, daß vielfach die Arbeitgeber aus purer Eitelkeit das Einkommen ihrer Arbeiter höher deklarirten als es thatsächlich betrage. Auf Deutsch heißt dies: um als bessere Lohnzahler dazustehen, tragen die Fabrikanten dazu bei, daß ihre Arbeiter mehr Steuern zahlen müssen, als ihnen von Rechtswegen zukommt. Wenn dies die Arbeiter lesen und glauben, so ist die nothwendige Folge Erbitterung. So lange aber nicht der strikte Beweis für diese Beschuldigung erbracht ist, hat sie der Abg. Philipp mit der Bezeichnung „verwerflich“ zutreffend charakterisirt. Der Abg. Philipp kam hierauf noch, als die Sozialdemokraten sich gegen Umsturz-Projekte verwahrten, auf die kürzlich vertheilte Schrift zu sprechen, worin die Sozialdemokratie offen die Revolution predigt. Hierzu sei Folgendes angeführt:

Die sozialistische Bewegung hat sich bekanntlich in zwei Richtungen gespalten. Die eine betreibt die Propaganda (Verbreitung) der Organisation und des revolutionären Gedankens; die andere betreibt die Propaganda der That. Zu ersterer Richtung gehört augenblicklich u. A. die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags und des sächsischen Landtags, sowie die namhaftesten Parteihäupter in Deutschland. Ihr System besteht, wie es Abg. Liebknecht ausdrückte, in dem Umsturz der wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse auf dem parlamentarischen und gesetzlichen Wege; ihr System besteht in dem ruhelosen Agitiren und darin, mit Respektirung der Gesetze unter dem Scheine der Friedfertigkeit die Partei zu organisiren, um bereit zu sein, wenn einst die Stunde der That schlagen sollte. Müde dieses, wie ihnen scheinen will, unfruchtbaren Thuns und der ewigen Vertröstungen auf den Zukunftsstaat ist ein Theil der Sozialdemokratie, welchem ein lebhafteres Temperament und weniger Klugheit und Einsicht zu Theil wurde, bereit, auf eigene Faust die von den Führern gelehrte Theorie in die Praxis zu übersetzen. Sie handeln und zwar gegen die Gesetze. Sie beben dabei selbst vor Verbrechen nicht zurück und müssen nun erleben, daß die parlamentarischen Sozialdemokraten sie von ihren Rockschößen entrüstet abschütteln, wofür sie sich dadurch rächen, daß sie Jene als harmlose „Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln“ verspotten. Die von der parlamentarischen Sozialdemokratie als „Anarchisten“ gescholtenen Männer der That respektiren denn auch gar nicht die Grenze, welche der verschämte Sozialrevolutionarismus durch Parteidisziplin und Organismus in dem Kampfe gegen Staat und Gesellschaft gern ziehen möchte und bisher beobachtet hat. Der Spott und Hohn, mit dem das Anarchistenlager jede Stimme zur Vorsicht überschüttet, treibt sie immer weiter vorwärts. Die parlamentarischen Führer der deutschen Sozialdemokratie befinden sich in einer kritischen Lage. Einige möchten offenbar gern Fühlung mit der Reichsregierung betreffs der Sozialreform gewinnen. Anzeichen dafür sind einzelne öffentliche Aeußerungen der Genossen Grillenberger (Nürnberg) und Kayser (Freiberg). Von der anderen Seite suchen die Avancirteren sie anzutreiben; das Schweizer Parteiorgan schweigt entweder die Anzeichen jenes gesuchten Anschlusses todt oder verwarnt die Gemäßigten. So sehen sich die Führer veranlaßt, gelegentlich ihre revolutionäre Stellung zu betonen. Das geschah vor einigen Wochen, als die Herren Vollmar, Bebel und Liebknecht ihre Zugehörigkeit zur Internationale betonten, freilich nicht, ohne daß ihre nach Paris geschickte Begrüßungsadresse dort sehr schlecht aufgenommen worden wäre. Um nach der anderen Seite wieder Fühlung mit jenen Arbeitern zu behalten, die in ihrem gesetzmäßigen Sinne Gewaltthätigkeiten verabscheuen, erfolgen von Zeit zu Zeit Kundgebungen anderer Art. So hatte vor Kurzem Herr Grillenberger die Gewogenheit, vor einer Versammlung in Würzburg seine Gedanken über eine Revolution zu entwickeln. Er bemerkte u. A.: „Als das größte Unglück würde ich es erachten, wenn die nächsten Jahre uns eine Revolution brächten, die, selbst wenn sie siegreich wäre, ein Unglück bleibt, weil sie die Brücke zur krassesten Reaktion bilden würde. Noch ist das Volk nicht reif genug, seine Geschicke selbst zu lenken; dazu bedarf es einer längeren erziehenden Organisation.“ Ein tausendes Glück, daß die Sache keine Eile hat. Das entbindet aber die Ordnungsparteien nicht von der größten Wachsamkeit und von der Pflicht, durch Beseitigung von Mißständen und mittelst Durchführung wirthschaftlicher Reformen der erträumten Revolution die Voraussetzungen zu entziehen. Die Kaiserliche Botschaft ist uns dazu ein siegreiches Panier!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 26. Jan.

Berlin. Das Befinden des Kaisers ist fortdauernd besser. — Der Prinz Prisdang von Siam traf in besonderer Mission von Paris hier ein. — Vom „Reichsanzeiger“ wird die Aufhebung der deutschen Consulargerichtsbarkeit in Tunis verkündet. — Am gestrigen Diner, welches der Minister v. Bötticher in Vertretung des Reichskanzlers dem Volkswirthschaftsrathe gab, nahmen etwa 70 Mitglieder theil. Der Gastgeber brachte einen Toast auf den Kaiser aus und nahm den Volkswirthschaftsrath gegen den Vorwurf in Schutz, daß er nicht zu opponiren wage. — Die Militärpensionsgesetznovelle wird dem Reichstage voraussichtlich wieder zugehen. Der Entwurf enthält die im vorigen Entwurfe nicht vorgesehene Bestimmung, daß die Pensionserhöhungen auch auf die Offiziere auszudehnen ist, welche während des deutsch-französischen Krieges seit 1870–71 aus dem Pensionsverhältniß wieder in die Armee eingetreten sind. Die Forderung für Heranziehung der Offiziere zur Kommunalsteuer bleibt unberücksichtigt, da diese Angelegenheit mit der Pensionsfrage nichts zu thun hat. Die Wiedervorlegung des Militär-Reliktengesetzes ist ungewiß, da in Kreisen der Reichsregierung erwogen wird, ob nicht die Beiträge zur Wittwenkasse überhaupt nicht aufzuheben seien. — Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses beschloß auf Antrag Hänel's um den liberalen Mitgliedern die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Pflichten zu ermöglichen, die Montagssitzung wegen der Laskerfeier ausfallen zu lassen. Dagegen hat Freiherr v. Stauffenberg, der die Festrede in der Synagoge halten sollte, jetzt plötzlich abgesagt, da er einer Finanzausschußsitzung in der bairischen Kammer beiwohnen müsse. Anstatt seiner wird der Reichstagsabgeordnete Kapp die Gedächtnißrede halten. — Das vielbesprochene Fragment von Heinrich Heine's Memoiren ist für die „Gartenlaube“ erworben worden und wird demnächst in diesem Blatte erscheinen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus lehnte heute die zur Anstellung staatlicher Dampfkesselrevisoren geforderten 240 000 Mark ab und befürwortete weitere Ausbildung der Kesselrevisionsvereine. Dann wurden eine Anzahl kleiner Vorlagen erledigt. Nächste Sitzung Dienstag: Kultusetat.

Wien. Das „N. W. Tagblatt“ meldet gerüchtweise, daß die Einbringung eines Sozialisten-Gesetzes wie in Deutschland im Reichsrathe bevorstehe.

Wien. Der Mörder des Detectiv Bloch benimmt sich sehr frech. Die Frage nach den Motiven seiner That beantwortete er: „Aus Rache, weil Bloch Viele von uns unglücklich gemacht hat. Auch mein Tod wird gerächt werden.“ Zu den Polizeileuten sagte er: „Ihr Canaillen, für Euch gehört Blausäure.“ Die bei dem Mörder gefundenen Tapezierknöpfe gleichen vollkommen denen, welche in Eisert's Wechselstube gefunden wurden. Daher entstand der Verdacht, daß der Mörder an dem Raubmord in der Mariahilferstraße betheiligt gewesen, und dieser ebenfalls ein Werk der Anarchisten ist. Für den Fall, daß sich die Schreckensthaten wiederholen sollten, werden officiös Ausnahmemaßregeln nach deutschem Muster angekündigt.

Paris. Zwischen hier und London finden Verhandlungen wegen der Madagassischen Frage statt. Die Hovas haben die englische Vermittelung angerufen. Die Nachrichten des Viceadmirals Courbet machen einen ungünstigen Eindruck, da man bestimmt Nachricht von der Einnahme Bacninhs erwartete.

Kairo. General Gordon begiebt sich heute Abend via Korosko nach Khartum. Der Zweck seiner Mission soll darin bestehen, die vollständige Evakuirung des Sudans, einschließlich Khartums ins Werk zu setzen. Der Khedive richtete an den Emir Abdel Shakoor, den Sohn des verstorbenen Sultans von Darfour, die Aufforderung, sich zu unterwerfen und theilte ihm gleichzeitig mit, er wolle ihm die Provinz übergeben unter der Bedingung, daß die Handelsfreiheit aufrecht erhalten und der Sklavenhandel unterdrückt werde. Tribut solle nicht erhoben werden.

Die Berliner Börse eröffnete mit Anschluß an die Meldungen von auswärts schwach und still. Der Rückgang in Ostpreußen verschärfte später die Verstimmung. Schluß und Nachbörse waren fest. Spekulative Banken waren wenig verändert, Kassabanken lustlos. Von deutschen Bahnen wurden Ostpreußen um 2 Proz. geworfen, auch sonst überwogen Abschwächungen. Oesterreichische Bahnen waren ziemlich behauptet, österreichische Prioritäten still, spekulative Montanwerthe befestigt, Kalisachen fest, Brauereien angeboten, deutsche Fonds gut und fremde Renten ziemlich behauptet.

Frankfurt a. M., 26. Januar. Credit 264⅞. Staatsbahn 265¼. Lombarden —. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 75½. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe 75½. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter —. Gotthardbahn 96⅞. Mainzer —. Fest.

Wien, 26. Januar. Credit 306,0. Staatsb. 317,50. Lombarden 143,00. Elbethal —. Nordwestb. 185,50. Markknoten 59,42. Ung. Credit 305,50 Fest.

Paris, 26. Januar. (Schluß.) Rente 77,12. Anleihe 107,90. Italiener 92,00. Staatsbahn 666,00. Lombarden 313,75. do. Prioritäten 292. Egypter 343. Oesterr. Goldrente 84⅞. Behauptet.

Lokales und Sächsisches.

— Bürgerschullehrer und Organist Friedr. **Gerlach** zu Werdau erhielt das Albrechtskreuz.

— Kantor **Gerhardt** in Brand bei Freiberg erhielt das Albrechtskreuz. Dasselbe erhielt Zolleinnehmer **Fischer** in Adorf gelegentlich seines jetzigen goldenen Dienstjubiläums.

— Bei der gestern abgehaltenen Jagd im **Ostragehege**, an welcher Se. Majestät der König, Prinz Georg und viele geladene Kavaliere theilnahmen, wurden im Ganzen 87 Hasen zur Strecke gebracht, die sämmtlich von der Müller'schen Wildprethandlung auf der Johannesstraße erworben wurden.

— Während die zweite Kammer in den fünf Sitzungen der vergangenen Woche einen umfangreichen Berathungsstoff erledigte, hat auch die **erste Kammer** nicht gefeiert und am Dienstag und Freitag ebenfalls längere Sitzungen gehalten. Sie erledigte in der Dienstags-Sitzung eine Anzahl Petitionen, von denen die ersten beiden längere Debatten hervorriefen, wie sie sonst bei Petitionsberathungen nicht stattzufinden pflegen. Zunächst referirte Graf von Hohenthal über die Petition des Stadtrathes zu Oschatz um Verleihung des ausschließlichen Rechtes der weltlichen Kircheninspektion an Stadträthe der Städte mit revidirter Städteordnung auf dem Wege der Gesetzgebung. Bürgermeister Hirschberg: Wenn die Deputation vorgeschlagen habe, die Petition zur Kenntnißnahme zu überweisen und zwar auf Grund des geschichtlichen Rechtes, dessen Hüterin die Kammer sei, so spiele hier doch noch ein anderer Grund mit, welcher gebiete, von dem geschichtlichen Rechte abzuweichen und praktische Rücksichten walten zu lassen. Es liege die Nothwendigkeit vor, die städtischen Magistratsbefugnisse zu fördern und zu heben. Es handle sich hier um ein Ehrenrecht, ein Aufsichtsrecht der Kircheninspektion gegenüber dem Kirchenvorstande. Ein von ihm gestellter Antrag, die Petition zur Erwägung zu überweisen, wird nicht genügend unterstützt. Kammerherr von Erdmannsdorf erklärt, er könne nicht zulassen, daß das historische Recht den praktischen Gründen weichen solle, denn wenn das historische Recht aufhöre, würden damit Prinzipien die Thore geöffnet, welche sehr gefährlich seien; es wäre der Anfang vom Ende. Bürgermeister Martini bemerkt, daß das historische Recht der Amtshauptmannschaften im vorliegenden Falle bedeutend jünger sei, als das der Städte. Frhr. von Friesen betont dem gegenüber, daß es sich hier nicht um das historische Recht der Amtshauptmannschaften, sondern um das Jahrhunderte alte Recht der Regierung handle, gleichviel in welcher Weise dasselbe zum Ausdruck gelange. Nach dem Schlußwort des Referenten wird der Dep.-Antrag gegen 4 Stimmen angenommen. Freiherr von Fink referirt sodann über eine Reihe Petitionen, welche sämmtlich die Herabsetzung der Dauer der Fortbildungs-Unterrichts auf dem Lande verlangen. Graf Rex meint, es sei eine auffallende Thatsache, daß sämmtliche Petitionen aus ländlichen Kreisen kämen, das weise darauf hin, daß man wohl einen Unterschied zwischen dem Fortbildungs-Unterricht auf dem Lande und dem in der Stadt machen müsse. Er wünscht, daß die Regierung über kurz oder lang an eine Revision des betr. Gesetzes gehe. Abg. Peiz tadelt, daß bei dem Fortbildungs-Unterricht der Religions-Unterricht Platz gefunden habe. Abg. Seiler erklärt sich unbedenklich für facultative Fortbildungschulen. Kultusminister Dr. von Gerber: Schon oft sei es ausgesprochen worden, daß es sich hier um ein Institut handle, welches lange einen problematischen Charakter an sich tragen mußte. Die jüngsten Berichte der Schulinspektoren hätten sich im Ganzen günstig über das in Rede stehende Institut geäußert. Schon 1878 habe das Ministerium eine Verordnung dahin ergehen lassen, daß es den Schulvorständen anheim gegeben ist, überall da von dem 3. Fortbildungsschuljahre zu entbinden, wo das Ziel der Fortbildungsschule erreicht ist. Würden die Schulvorstände von dieser Fakultät den richtigen Gebrauch machen, so würde ein großer Theil der Klagen, die noch bestehen, verschwinden. v. Erdmannsdorf meint, die Vorzüge der Fortbildungsschulen seien in der Stadt zwar größer als auf dem Lande, ein gutes Mittel aber seien sie doch auch hier, nämlich um die Jugend im Zaume zu halten, die jetzt so übermüthig sei, namentlich zu einer Zeit, wo die Jugend in Versammlungen über das Wohl des Staates zu sprechen sich erlauben dürfe. Es werde gesagt, alle Stände seien gleich, hätten gleiche Rechte und Pflichten; wie passe es aber zusammen, daß die jungen Leute der besseren Stände so lange auf hohen Schulen studiren müssen und während dieser Zeit noch nicht für voll angesehen werden, während die jungen Leute der niederen Stände nach Beendigung ihrer Volksschulzeit fertig und frei sein sollen und als Männer gelten? Um einen recht praktischen Beweis für das segensreiche Wirken der Fortbildungsschulen zu geben, bringt der Kultusminister v. Gerber einige statistische Notizen, nach denen die Zahl derjenigen sächsischen Rekruten, welche nicht schreiben und lesen konnten, aus dem Jahre 1875, also aus der Zeit, aus der man von dem Einflusse der Fortbildungsschule reden kann, von 3,17 auf 0,75 per Mille gesunken ist. Oberhofprediger Dr. Kohlschütter erwidert dem Abg. Peltz, daß der Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen ja nicht ausgeschlossen sei, da für die Konfirmanden stets ein katechetischer Religionsunterricht eingeführt wäre. Frhr. v. Friesen: Die ganze Frage der Fortbildungsschulen sei noch nicht abgeschlossen, er selbst sei weder ein eifriger Freund, noch ein Feind derselben, sondern lege an dieselben den rein praktischen Maßstab. Dazu komme, daß in den verschiedenen Gegenden des Landes die Verhältnisse so verschieden liegen, was voll berücksichtigt werden müsse. Freiherr v. Tauchnitz erkennt die guten Wirkungen der Fortbildungsschulen ebenfalls an, will aber in Fällen, wo nachweislich der Erwerb junger Leute durch den Besuch der Fortbildungsschule beschränkt oder verhindert wird, möglichste Erleichterung eintreten lassen. v. Erdmannsdorf hält dem entgegen, daß junge Leute in dem Alter noch mehr an ihre geistige Ausbildung als an Erwerb denken sollten, wird aber von Freiherrn v. Tauchnitz dahin bedeutet, daß dies sehr schön in der Theorie wäre, in der Praxis aber etwas ganz anderes sei. Da wären häufig junge Leute in der Lage, ihre Angehörigen ernähren oder ihnen wenigstens mit verdienen helfen zu müssen. Abg. Seiler konstatirt, daß er nicht Abschaffung, sondern Revision des Gesetzes verlange. Im deutschen Handwerke fehle die Handfertigkeit, diese sich anzueignen, sei die Zeit, in der die jungen Leute jetzt in die Fortbildungsschule gehen müßten. Auch die Handhabung der Disziplin sei ein wunder Punkt in dem Fortbildungsschulwesen. Minister v. Gerber hält dem entgegen, daß gerade in Bezug auf Disziplin ein entschiedener Fortschritt fühlbar wäre. Wenn Abg. Seiler sage, daß er ein Freund der Fortbildungsschulen sei, zugleich aber die obligatorische Fortbildungsschule in eine fakultative umgewandelt wissen wolle, so müsse er den, welcher diese Ansicht ausspräche, einen Feind der Fortbildungsschule nennen, denn die Errichtung der fakultativen Fortbildungsschule sei thatsächlich identisch mit der Aufhebung der Fortbildungsschule selbst. Nachdem Ref. von Fink mitgetheilt, daß seit dem gestrigen Tage noch weitere 5 Petitionen eingelaufen seien, die ebenfalls den Fortbildungsunterricht beträfen, beschließt die Kammer, sämmtliche Pe-